



**Wolfgang Räschke**  
**Ehem. 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine**

**Nie wieder Krieg!**  
**Nie wieder Faschismus!**  
**Für Frieden und Abrüstung!**

**Rede**  
**zum**

**Antikriegstag 2019**

**bei der DGB-Gedenkveranstaltung,**

**1. September 2019**

**Friedhof Jammertal, Salzgitter-Lebenstedt**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

unser Gedenken gilt heute am Antikriegstag den fast 60 Millionen Toten, die Nazi-Deutschland zu verantworten hat. Wir gedenken der Opfer des Zweiten Weltkriegs, den die Nazis heute vor 80 Jahren mit dem Überfall auf Polen herbeigebombt haben. Wir gedenken der Opfer rassistischer und politischer Verfolgung in der Zeit des Hitler-Faschismus. Auf diesem Friedhof gedenken wir besonders der Menschen, die die Faschisten durch Internierung in Konzentrationslagern und durch Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion ermordet haben.

Über 4.000 sind hier begraben. Sie mahnen uns, den Schwur der Überlebenden des KZ-Buchenwald nicht zu vergessen:  
Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Sie mahnen uns, immer und überall den Anfängen zu wehren. Sie verpflichten uns, in unseren alltäglichen Begegnungen genauso wie in der politischen Auseinandersetzung rassistischem, fremdenfeindlichem und militaristischem Gerede und Handeln und der Diskriminierung von Menschen entgegenzutreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es war die IG Metall, die auf dem DGB-Bundeskongress 1956 den Antrag stellte, den 1. September zu einem Gedenktag für die Opfer des Zweiten Weltkriegs und zu einem Mahntag für den Frieden zu machen. Er ist 1957, heute vor 62 Jahren, das erste Mal offiziell begangen worden. „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ war damals und ist bis heute das Motto.

Angesichts der zunehmenden Angriffe von Nazis auf Menschen, die anders denken, anders aussehen oder woanders herkommen als sie selbst, gibt es hinreichend Anlass, diesen Appell kräftig zu unterstreichen.

Hierfür geben vor allem die Aufmärsche alter und neuer Nazis, auch hier in Salzgitter Anlass. Und wir stellen uns ihnen immer und überall entgegen. „Bunt statt braun!“ oder „#wir sind mehr“ ist dabei unsere Devise.

Es bringt dabei nichts in Wutbürger, Rechtspopulisten, Rechtsextremisten oder sonst etwas zu unterscheiden. Ihnen allen ist eine menschenverachtende Einstellung gemein, die zu Hass und Anschlägen bis hin zum Mord führt.

Und dies sind keine Aktionen von Einzeltätern, wie man uns manchmal glauben lassen will.

Dahinter steckt ein rechtsterroristisches Netzwerk und macht von den Taten des NSU bis hin zum Mord an Walter Lübcke das Versagen des Verfassungsschutzes deutlich.

Der innere Frieden ist also massiv gefährdet. Von daher sind wir weiterhin gefordert hier aktiv gegen zu halten und immer klar Position zu beziehen.

Und leider haben wir schon bald wieder Gelegenheit hier zu mobilisieren. Am 30. November und 1. Dezember will die AfD in der Volkswagen-Halle in BS ihren Bundesparteitag durchführen und da sind wir natürlich alle gefordert gegenzuhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Aber auch um den äußeren Frieden ist es nicht gut bestellt. Die Welt gerät immer mehr aus dem Gleichgewicht.

Rund um den Globus toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte.

Politische Schwergewichte wie die USA und Russland sind nicht fähig, eine Friedensordnung zu schaffen.

Aufstrebende Mächte wie China und Indien sind mehr auf den eigenen Vorteil bedacht als auf Friedenssicherung und internationalen Ausgleich.

Am 1. Februar dieses Jahres hat Donald Trump den INF-Vertrag gekündigt. Einen Tag später setzte auch Wladimir Putin das Abkommen aus. Da es bis zum 1. August zu keiner Einigung gekommen ist, droht nun ein neues nukleares Wettrüsten.

US-Konzerne arbeiten bereits seit längerem an superschnellen Hyperschallwaffen und Russland kontert mit Tests für die Awangard-Rakete, die es ebenfalls auf eine 20-fache Schallgeschwindigkeit bringen soll.

Die mühsam aufgebaute Rüstungskontrolle droht nun zusammenzuberechen.

Die Militarisierung der Politik nimmt zu. Im letzten Jahr erreichten die weltweiten Rüstungsausgaben den höchsten Stand seit 30 Jahren.

Angetrieben von dem unberechenbaren US-Präsidenten Donald Trump sollen alle NATO-Staaten mindestens zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für das Militär ausgeben.

Dabei entfallen schon heute über 50 Prozent der globalen Rüstungsausgaben auf das westliche Verteidigungsbündnis, 36 Prozent allein auf die USA.

Auch Deutschland ist mit dabei und rüstet kräftig auf. Seit 2014 gingen die Ausgaben um 34 Prozent nach oben und wenn Deutschland die NATO-Vorgabe befolgt, seine Wehrausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des BIP zu steigern, so läge sein Rüstungsetat in fünf Jahren bei fast 90 Mrd. Euro und stiege bei den Militärausgaben auf Rang vier in der Welt auf, weit vor Großbritannien, Frankreich und auch Russland.

Statt mit Unsummen das Wettrüsten anzuheizen, fordern wir die Bundesregierung auf, die dafür vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Soziale Gerechtigkeit und sichere Zukunftsperspektiven für alle – das ist zugleich die wirksamste Antwort auf die Spaltungs- und Ausgrenzungsparolen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten.

Sie machen mobil gegen unsere Demokratie und sagen unserer vielfältigen und weltoffenen Gesellschaft den Kampf an.

Sie schüren neue Feindbilder und sie instrumentalisieren die tiefe Verunsicherung, die das Gefühl bei vielen Menschen auslöst, in einer Welt zu leben, die völlig aus den Fugen geraten ist.

Eine Welt, die durch eine wachsende Zahl an bewaffneten Konflikten geprägt ist.

Eine Welt in der sich 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg, vor politischer Verfolgung, vor Naturkatastrophen und Armut befinden.

All diese Probleme lassen sich nur mit weniger statt mit mehr Waffen lösen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, engagiert sich der DGB in der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Deren Aufruf gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO haben inzwischen mehr als 150.000 Unterstützerinnen und Unterstützer unterzeichnet.

Ihr alle seid aufgerufen, falls Ihr es noch nicht gemacht habt, diesen Aufruf mit zu unterschreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die militärische Eskalationsspirale dreht sich immer schneller,  
die Militarisierung der Politik nimmt zu.

Was wird mit der Erhöhung der Rüstungsausgaben von  
Deutschland noch erwartet – eine Beteiligung an militärischen  
Aktionen?

Nachdem Donald Trump das internationale Atomabkommen mit  
dem Iran aufgekündigt hat und dort der Konflikt droht zu  
eskalieren, wird dies immer wahrscheinlicher.

Mit größter Sorge muss man aktuell die Diskussion um die  
Beteiligung der Bundeswehr an einer militärischen Mission in  
der Straße von Hormus verfolgen.

Wir fordern die Bundesregierung mit Nachdruck auf, diese  
Mission abzulehnen und stattdessen alles zu tun, um die  
drohende militärische Eskalation zu verhindern.

Die deutsche Beteiligung an einem Militäreinsatz zur Sicherung  
der Schifffahrt im Rahmen der EU oder anderer Bündnisse  
würde sicher nicht zu einer Beruhigung der Lage beitragen.

Die Zuspitzung ist bereits in vollem Gange, wozu die Festsetzung des iranischen Tankers am 5.7.2019 vor Gibraltar mit zumindest fragwürdigen rechtlichen Grundlagen einen wesentlichen Beitrag leistete, auch wenn er mittlerweile wieder frei gekommen ist.

Im schlimmsten Falle könnte die Bundeswehr in einen Krieg hineingezogen werden.

Es ist Zeit für Diplomatie, Gespräche und Zeichen der Deeskalation. Es ist dringend nötig, dass alle Seiten ihre Militärpräsenz im Persischen Golf sowie im Golf von Oman zurückfahren.

Eine deutsche militärische Präsenz zur Sicherung freier Handelswege ist angesichts ihrer eskalierenden Wirkung, der fehlenden völkerrechtlichen Grundlage und grundsätzlich nicht akzeptabel.

Deutsche Kriegsschiffe vor der iranischen Küste wären aber auch ein klarer Verstoß gegen das Grundgesetz.

Militäreinsätze sind nach Artikel 87a GG nur zur Verteidigung zulässig.

Und nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts muss es darüber hinaus einen Beschluss des UN-Sicherheitsrats geben. Beides liegt nicht vor.

Eine Entsendung deutscher Kriegsschiffe wäre auch ethisch nicht zu akzeptieren. Nicht der Iran hat diesen hochexplosiven Konflikt vom Zaun gebrochen, sondern die USA. Nicht der Iran will die USA vernichten, die USA will den Iran vernichten.

Wir stünden auf der Seite des Angreifers, des Rechtsbrechers, des Wortbrüchigen. Da haben wir aber nichts zu suchen. Auch nicht zusammen mit anderen europäischen Staaten, so Jürgen Todenhöfer Anfang August in einem Beitrag in der FR. Und Jürgen Todenhöfer ist beileibe kein Linker – er saß von 1972 bis 1990 für die CDU im Bundestag.

Und er führt zu Recht aus: „Der Westen glaubt offenbar noch immer, ihm gehöre die Welt. Was würden wir sagen, wenn im Mittelmeer plötzlich chinesische Kriegsschiffe aufkreuzen würden, mit der Begründung, sie müssten die Freiheit der Meere für Seenotrettungsschiffe sicherstellen? Oder sie müssten vor Gibraltar das Kapern iranischer Tanker verhindern?

Gilt die Freiheit der Meere nur für den Westen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Krieg gegen den Iran würde nicht nur für die iranische Bevölkerung verhängnisvoll sein und abertausende menschliche Opfer bringen. Er ist geeignet, die gesamte Region des Mittleren und Nahen Ostens für einen längeren Zeitraum ins Chaos zu stürzen.

Ein solcher Krieg hätte darüber hinaus schwerwiegende Folgen für Europa und den Frieden in der Welt.

Die Bundesregierung muss klar und unmissverständlich erklären, dass Deutschland sich an einem Krieg gegen den Iran nicht beteiligen wird.

Und sie muss den USA untersagen, ihre militärischen Einrichtungen auf deutschem Boden im Falle eines solchen Krieges zu nutzen.

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

mit weltweiten Bundeswehreinrätzen lassen sich weder Terrorismus bekämpfen, Gerechtigkeit herstellen oder gar das Klima schützen.

Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung eine neue Initiative für eine Friedens- und Entspannungspolitik in Europa und in der Welt startet.

Für eine Politik, die das Recht des Stärkeren ächtet, die Stärke des Rechtes und die Würde jedes einzelnen Menschen achtet.

Die USA und Russland wollen ihre Atomwaffenarsenale modernisieren. Die in der Eifel stationierten US-Atombomben sollen unter dem Deckmantel einer »Lebenszeitverlängerung« zu lenkbaren Präzisionswaffen umgebaut werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich klar und deutlich für den Abzug und die Verschrottung aller Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen und auf internationaler Ebene die Blockade gegen ein Atomwaffenverbot aufzugeben.

Während vor unseren Augen Tausende Zuflucht suchende im Mittelmeer ertrinken, weitere Tausende mit Unterstützung der Bundesregierung in der Wüste verdursten, finden Kriegswaffen und Rüstungsgüter aus Deutschland weiterhin – über alle Grenzen hinweg – ihren Weg in kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

um es drastisch, aber auch in aller Klarheit zu sagen:  
Der Tod ist immer noch ein Export-Weltmeister auch aus  
Deutschland.

Deutschland ist gegenwärtig nach den USA, Russland und  
China der viertgrößte Waffenexporteur der Welt.

Ein erbärmlicher Spitzenplatz, liebe Freundinnen und Freunde!  
2018 ist die Summe zwar leicht zurückgegangen. Aber die  
Bundesregierung hat auch im letzten Jahr riesige Mengen an  
Waffenexporten in alle Welt genehmigt, auch an sogenannte  
Drittländer, also Staaten außerhalb von NATO und EU.

Viele dieser Staaten liegen in Kriegs- und Krisengebieten,  
beispielsweise im Nahen Osten und Nordafrika.

Die meisten deutschen Rüstungsgüter haben Länder wie  
Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate oder  
Ägypten bekommen. Länder, die völkerrechtswidrige Kriege  
führen und die Menschenrechte systematisch und massiv  
verletzen.

Und mir sind immer noch die Bilder vor Augen, wo die Türkei mit deutschen Panzern völkerrechtswidrig in Syrien einmarschiert und gegen die kurdischen Milizen der YPG vorgegangen ist.

Dies alles wurde von der Bundesregierung genehmigt und ist anscheinend mit unseren Exportgesetzen vereinbar.

Von daher fordern wir als IG Metall Salzgitter-Peine in einem Antrag an den Gewerkschaftstag, dass alle Waffenexporte verboten werden.

Ich weiß, dass würde Arbeitsplätze kosten, wenn wir nichts machen würden. Von daher fordert die IG Metall auch ein Programm zur Rüstungskonversion, also statt Waffen nützliche Dinge produzieren. Dies muss jedoch von der Politik offensiv unterstützt werden, damit die Konversion nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.

Wir brauchen die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion. Wir können und wir wollen nicht darüber hinwegsehen, dass es unkontrollierten Rüstungstransfer und Waffenschieberei in Krisengebiete gibt.

Täglich fordern Waffenlieferungen ihre Opfer: In Kriegen, auf der Straße, in Polizeirevieren, aber auch in Schulen, Universitäten und Einkaufszentren und sogar in Kirchen.

Wo es viel Waffen und Munition gibt, werden Konflikte und Bürgerkriege angeheizt. Bewaffnete Banden terrorisieren die Bevölkerung. Menschen werden verstümmelt, weil sie auf Minen treten.

Rüstung tötet, auch im Frieden. Dieses schon etwas betagte Motto der Friedensbewegung gilt nach wie vor.

Die Exporte von Waffen und ihre unkontrollierte Weitergabe tragen weltweit dazu bei, dass Menschenrechte verletzt werden. Sie halten eine Todesspirale in Gang. Statt die dunklen Kanäle zu verstopfen, aus denen Terroristen Waffen beziehen, wird ihr Terror wiederum mit Waffen bekämpft.

Die Entwicklung der Rüstungsexporte, die vielen bewaffneten Konflikte und Kriege rund um den Erdball zeigen: Aus der nach der Wende Anfang der 90-er Jahre erhofften Begrenzung der Rüstungsausgaben ist nichts geworden.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin überzeugt: Wir können die Probleme, die es auf unserer Erde gibt, nur zivil lösen. Dafür müssen wir das Militärische stoppen, und zwar überall!

Und ich habe eine Vision: Ich träume von einer Welt, in der es keine Waffenproduktion mehr gibt.

Aber ich bin kein Traamtänzer; wir werden das nicht heute und nicht morgen erreichen.

Allerdings werden wir immer wieder als Traamtänzer bezeichnet, obwohl jedem klar und deutlich sein müsste, dass das Konzept derjenigen, die mit Waffen Frieden schaffen wollen nicht aufgeht. Dies sind die Traamtänzer!

Denn ich habe seit 1945 keinen Krieg erlebt, in dem Waffen tatsächlich irgendein Problem gelöst hätte.

Von daher müssen wir die Ursachen von Kriegen und Bürgerkriegen entschieden bekämpfen. Wir brauchen eine zivile Strategie, Konflikte zu vermeiden und zu lösen.

Dies wird nur gelingen, wenn Deutschland und Europa Verantwortung übernehmen.

Verantwortung für eine faire Gestaltung der Globalisierung und bei der gerechteren Verteilung des weltweiten Reichtums.

Ich weiß, dies ist ein langer und mühsamer Weg.

Und wir – als Gewerkschaften - können diesen Weg nicht alleine gehen.

Wir brauchen dafür eine große, gesellschaftliche Mehrheit  
Und wir brauchen politische Mehrheiten für unsere Ziele im  
Parlament!

Dies wird nicht einfach werden und es erfordert noch eine  
Menge an Arbeit.

Von daher erinnere ich zum Schluss an Che Guevara, der  
einmal erklärte: Seid realistisch, fordert das Unmögliche!

In diesem Sinne sollten wir weitermachen.